Nr. 59 XXX. Jahrgang — Freitag, 10. März 1922

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 22 mm breit M. 5.–, für auswärts M. 6.–, für das Ausland M. 25.–, Reklamezeile, 75 mm breit M. 25.– mit Platzvorschrift M. 30.– für das Ausland M. 35.–. Listen- oder Tarifsatz 50 v. H. Aufschlag. Preisgebühr für schriftliche Anzeigen M. 1.–. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einhaltung bestimmter Tage und Plätze wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch den Boten monatlich M. 12.–, vierteljährlich M. 36.–. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 12.– frei ins Haus. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 10.–, nach dem Auslande wöchentlich M. 15.– Einzelnummer 70 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 23541, 23555, 26677 und 26703 • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060
Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – In Fälle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Der Abbruch der Kontrollkommissionen

Lord Newton fordert im Oberhaus ihren Abbau — „Ihr Anblick eines der widerlichsten Bilder"

Lond on, 8. März. Im Oberhause lenkte Lord Newton die Aufmerksamkeit auf die ungeheuren Ausgaben im Zusammenhang mit den zahlreichen interalliierten Kommissionen in Mitteleuropa und deren Auswirkung auf die wirtschaftliche Erholung der vormals feindlichen Staaten sowie ihre Fähigkeit, Reparationen zu zahlen. Lord Newton sagte, nach Einstellung der Feindseligkeiten sei eine große Zahl von Kommissionen von den Alliierten über ganz Europa gesandt worden: Militärmissionen, Marinemissionen, Luftfahrtmissionen, Finanzmissionen, Lebensmittelmissionen, Eisenbahnmissionen usw.

Die Kosten der Missionen in Wien hätten 7½ Millionen Kronen betragen. Von dieser Summe hätten die Alliierten 5½ Million aus eigner Tasche bezahlen müssen.

In Deutschland seien im gegenwärtigen Augenblick Kommissionen im Ueberfluß vorhanden. Die Reparationskommission, die aus 171 Personen bestehe, habe monatlich 82 Millionen Mark. Die Kontrollkommission bestehe aus 1569 Personen und koste nicht weniger als 29½ Millionen Mark monatlich. Es bleibe kaum etwas für die Kontrollkommission zu tun übrig und trotzdem habe in ihrem Personalbestand keinerlei Verminderung stattgefunden. Ihr Bestand werde immer noch aufrechterhalten, weil von Zeit zu Zeit in Deutschland versteckte Waffen entdeckt würden. Lord Newton erklärte, nach seinen Informationen würden die periodisch auftretenden Meldungen von versteckten und die Mitteilungen bezüglich einer Unaufrichtigkeit der deutschen Regierung seien oft unbegründet. Solange England oder Frankreich die Politik der Sensationspresse kontrollieren lasse, bestehe keine Aussicht darauf, daß die Kommissionen dieser Art vermindert würden. Das Personal dieser Kommissionen lebe im Vergleich zu der gewöhnlichen Bevölkerung im Luxus. Die Gesamtkosten dieser Kommissionen in Deutschland einschließlich der Kosten der Truppen in Schlesien betrügen 1800 bis 2000 Millionen Mark jährlich. Würde man zu dieser Summe die Ausgaben für das Besatzungsheer hinzurechnen, so sei es nicht schwer, einzusehen, daß die Aufgabe, Deutschland zahlen zu lassen, schwieriger und verwickelter sei, als sich die Leute in England vorstellten.

Die Finanzlage in Ungarn sei vollkommen verzweifelt. Die Ausgaben der Kommission würden auf nicht weniger als 100 Millionen Kronen monatlich geschätzt.

Bulgarien habe für die Kommissionen im Zusammenhange mit den Kosten für die interalliierten Truppen nicht weniger als 721 Millionen Franken ausgeben müssen.

Der Anblick dieser Kommissionen, die aus dem Kontrolleur des Volkes gedeihen, sei eins der widerlichsten Bilder, die man sich vorstellen könne. Es werde gesagt, daß England mitmachen müsse, da die Alliierten dies auch tun. In diesen besonderen Fällen würde er sich freuen, wenn England mit den Alliierten nicht zusammenginge.

Lord Phillimore gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Rede Lord Newtons über die Stimmung im Oberhause die Regierung dazu bewegen werde, diese Frage zu erwägen. Es würde ein großer Gewinn für den Frieden der Welt sein, wenn die Geschäfte dieser Kommissionen liquidierten und wenn diese sobald wie möglich zurückgezogen würden.

Verletzung des Friedensvertrages durch die Kontrollorganisationen

(D) Berlin, 9. März. (Eig. Drahtbericht.) Nach einem hiesigen Abendblatt sollen amerikanische Kreise die militärischen Kontrollorganisationen der Entente beschuldigen, daß sie das zur Zerstörung bestimmte deutsche Kriegsmaterial zum großen Teile zur Bewaffnung ihrer eigenen Armeen verwendet hätten. Das Blatt behauptet, daß eine große Anzahl von U-Boot-Motoren, U-Boot-Material, Maschinengewehren, Infanteriegewehren und andre Kriegsausrüstungsgegenstände nicht zerstört, sondern nach Japan, Italien, Frankreich und England gewandert seien, wobei sich die interessierten Mächte einiger vermittelnder Privatfirmen bedient hätten. Deutschland ist nach dem Friedensvertrag verpflichtet, das Kriegsmaterial — für das Luftfahrtsmaterial gelten besondere Bestimmungen — zu vernichten. Aber die Entente hat kein Recht, es auszuführen und für ihre Zwecke zu verwenden. Sollte sich die Behauptung des genannten Blattes bestätigen, so würde eine Verletzung des Friedensvertrages durch die Entente vorliegen. (Eine Nachprüfung der Behauptungen des Blattes erscheint uns dringend notwendig. D. Red.)

In Mainz wieder Postkontrolle

w. Frankfurt a. M., 9. März. (Eig. Drahtbericht.) Die französische Besatzungsbehörde hat plötzlich in Mainz wieder die Postüberwachung eingeführt und in den Postämtern Kontrollstellen eingerichtet.

Einspruch gegen das deutsche Artilleriereglement

Abänderung bis 20. März verlangt

× Berlin, 9. März. Wie die Blätter aus Paris melden, hat die Interalliierte Militärkontrollkommission gegen die Fassung des deutschen Artilleriereglements in einer Note vom 27. Februar bei der deutschen Regierung protestiert. Angeregt wurde unlängst, daß dieses Reglement vor dem 20. März abgeändert und ihr bis zu diesem Datum der Text der Abänderung übergeben werde. Die Interalliierte Kommission begründet ihren Einspruch mit dem Artikel 161 des Versailler Vertrages, in dem bestimmt wird, daß die Deutschland zugebilligte 100 000 Mann starke Reichswehr lediglich dazu dient, die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Grenzen zu bewachen. Der „Berl. Lokalanzeiger" glaubt, nach Erkundigung an zuverlässiger Stelle, die Nachricht bestätigen zu können. Das Blatt glaubt, daß die Ausfüllungsvorschriften für die Artillerie eine in jeder Hinsicht einwandfreie Arbeit darstellen, aus der nur böser Wille etwas andres herauslesen könne als die Absicht, unsre schwache Reichswehrartillerie zur Verteidigung zu schulen.

Warum die Mark fällt

Die Ansicht englischer Börsenkreise — Wirkung der Devisenkäufe für die Dekadenzahlungen

(T) London, 9. März. (Eig. Drahtbericht.) Hiesige Börsenkreise führen die fortwährenden starken Schwankungen der deutschen Mark auf die heimlichen Ankäufe fremder Valuten durch die Reichsbank zur Entrichtung der zehntägigen Raten zurück. Die Aussichten von Genua, so meint man hier, seien für Deutschland nicht schlechter und nicht besser geworden, als sie von Anfang an waren. Der drohende Rücktritt Lloyd Georges habe eine Rückwirkung auf die deutsche Valuta auch nicht gehabt, sondern hätte sich eher auf die englische bemerkbar machen müssen. Man ist der Ansicht, daß das deutsche Wirtschaftsleben nicht die geringsten umwälzenden Veränderungen aufzuweisen hat, sondern daß eher das Gegenteil der Fall sei. Vor etwa vier Wochen haben die deutschen Devisen eine geringfügige Besserung erfahren, da Deutschland im Januar einen Ausfuhrüberschuß von 1,7 Milliarden Mark hatte. Während des Eisenbahnerstreiks und der darauffolgenden Regierungskrise sei die Mark wieder fest geblieben. Die jetzigen Ursachen, die erstmals an der Berliner Börse ihren Ursprung haben, führen sich nur auf die großen Devisenankäufe zurück, die der Entschädigungszahlungen zurückführen. Wenn man ein Jahr zurückblicke, so finde man dieses Urteil bestätigt, da nach jeder deutschen Zahlung die Valuta einen Rückgang erfuhr. Die zunehmende Verarmung in Deutschland werde die Lage noch ungünstiger gestalten.

Neue Kriegsschulddokumente im „Temps"

B. Berlin, 9. März. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps" veröffentlicht, wie dem „Berl. Tagebl." aus Genf gemeldet wird, Dokumente aus der Zeit vor dem Weltkriege, durch die angeblich deutsches und österreichisches Verschulden unwiderleglich bewiesen werden soll. Es sind Auszüge aus den Berichten der Vertreter Bayerns in Petersburg, Berlin, Wien, Rom und Paris. Ein Mitarbeiter des „Temps" habe, nach derselben Quelle, Gelegenheit gehabt, auch die noch nicht bekanntgewordenen Teile der von Dr. Dirr vorbereiteten bayrischen Dokumente über den Kriegsausbruch zu sehen. Das „Berl. Tagebl." läßt diese neuen Ausstreuungen ohne Kommentar in die Welt gehen.

Ein Memorandum über den Minoritätenschutz

Zerrissenheit und Unzufriedenheit der Balkanstaaten

T. Prag, 9. März. (Eig. Drahtbericht.) Für die Brüsseler Konferenz, die sich mit dem Schutz der nationalen Minderheiten befaßt und sich zur Aufgabe gestellt hat, zu prüfen, inwieweit der Minderheitsschutz in den Nationalstaaten durchgeführt werde, hat hier Präsident Sir Dickinson ein Memorandum über die Minderheiten in den Nachfolgestaaten Osteuropas ausgearbeitet, aus dessen Inhalt man aus Anlaß eines Vortrages des tschechischen Vertreters auf der Brüsseler Konferenz Dr. Brabec Näheres erfährt. Sir Dickinson hat als Präsident jener Kommission im Juni und August 1921 Oesterreich, die Tschecho-Slowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien bereist und folgendes konstatiert: Die Staaten verhalten sich feindselig gegeneinander und bereiten sich Schwierigkeiten mit Zollrevisionen an den Grenzen. Oesterreich-Ungarn sei zwar aufgeteilt, aber die Bevölkerung der verschiedenen Rassen nicht voneinander getrennt worden, und so seien statt eines Oesterreich-Ungarn fünf derartige österreichisch-ungarische Staaten entstanden. In der Tschecho-Slowakei bestünden Erbitterungen der Unzufriedenheit, die schon an Kraft gewinnen und die geeignet sind, den Frieden in Unfrieden umzuwandeln, an welchem das ohnehin lockere tschecho-slowakische Staatsschiff Schiffbruch leiden könnte. Einer der Fehler Oesterreich-Ungarns, vor dem sich die Tschechen zu hüten hätten, seien ihre Bestrebungen, den Staat durch Aufzwingung einer einheitlichen Sprache zu konsolidieren.

Beinahe zwei Millionen Arbeitslose in England

× London, 9. März. Das Arbeitsministerium teilt mit, daß die Zahl der vollkommenen Erwerbslosen Ende Februar eine 1 887 000 betragen habe. Die Zahl der Erwerbslosen sei also in den letzten vier Wochen um über 97 000 gesunken.

Schwere Anklagen gegen Dr. Hermes

Die Unabhängigen erheben den Vorwurf der Bestechlichkeit — Vor einer Interpellation im Reichstag

B. Berlin, 9. März. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichstag nimmt heute nachmittag seine Arbeiten wieder auf. Aber die Steuerdebatte kann deshalb doch noch nicht beginnen. Selbst das Kanzlerorgan, die „Germania", muß resigniert bekennen, bisher stehe einzig und allein fest, daß die Arbeiten des 11. und 35. Ausschusses nunmehr beendet sind. Nun werden noch die Besprechungen der Parteiführer mit dem Kanzler stattfinden, wie von andrer Seite gemeldet wird, heute nachmittag um 5 Uhr. Dann hat man für den Sonnabend eine gemeinsame Sitzung der beiden Ausschüsse in Aussicht genommen. In dieser Sitzung sollen, so erklärt die „Germania", die noch offenen Restfragen eingehend besprochen werden. Auch der Kanzler würde daran teilnehmen. Bis dahin würde auch die Formulierung des Mantelgesetzes fertiggestellt sein, so daß man auch darüber gleich sich beraten könnte. Immerhin ist die „Germania" guten Mutes: Wenn nicht neue Schwierigkeiten auftauchen", schließt sie ihre Betrachtungen, „wird man am Anfang der nächsten Woche mit dem Beginn der großen politischen Steuerdebatte rechnen können." Inzwischen aber sind neue Schwierigkeiten aufgetaucht, nämlich

die Anklagen der Unabhängigen gegen Minister Hermes,

denen sich, wie es scheint, auch die Mehrheitssozialisten anschließen wollen. Herr Hermes soll als ein Mann erwiesen werden, der nach Antritt seines Amtes sich vom Trierer Winzerverband habe bestechen lassen, und soll damit als Finanz- wie als Ernährungsminister disqualifiziert werden. Nach den Angaben der „Freiheit" soll der Minister hervorragende Weine zum 15. bis 20. Teil des Handelspreises bezogen und sich durch besonders gute Behandlung des Winzerverbandes dafür erkenntlich gezeigt haben. Eine Berliner Korrespondenz glaubt, die Mitteilungen der „Freiheit" bestätigen zu können und will weiter erfahren haben, daß Dr. Hermes im April 1920, unmittelbar nach seinem Amtsantritt als Minister, vom Winzerverband für Mosel, Saar, Ruwer und Trier 200 Flaschen Weine, dessen Handelspreis 35 bis 60 M. betrug, für 5 M. die Flasche bezogen habe, also 7000 M. bei dieser Lieferung erspart haben. Die „Freiheit" veröffentlicht heute morgen unter der Ueberschrift „Das Beweisstück" auch das Schreiben des Winzerverbandes vom 19. Februar 1921, indem dieser die Absendung von 110 Flaschen ankündigt, und behandelt im übrigen Herrn Dr. Hermes bereits wie einen entlarvten Verbrecher. Soweit geht der „Vorwärts" noch nicht. Er beklagt nur, daß sich Herr Dr. Hermes gestern nicht hat persönlich sprechen lassen, und daß auch der Geheimrat, an den Hermeß die Frager verwies, nicht zu erreichen gewesen sei. Im übrigen will der „Vorwärts" warten, was in solchem Falle auch das einzig Vernünftige und Anständige ist, bis Herr Dr. Hermes selber zu Worte gekommen ist.

Nun planen, nach der Mitteilung der „P. P. K.", die vereinigten sozialistischen Parteien für heute einen Sturm im Reichstagsplenum. Das „B. T." meint, daß Herr Dr. Hermes schon vorher im Hauptausschuß, wo der Etat des Ernährungsministeriums heute erörtert werden soll, sich äußern wird. Der „Vorwärts" weiß übrigens anzukündigen, daß die Unabhängigen wegen der Beschuldigungen gegen Herrn Hermes im Reichstag interpellieren und die Regierung fragen wollen, ob sie Herrn Hermes noch für geeignet zum Reichsminister hält.

Das Schlimmste bei der ganzen Angelegenheit ist, daß man nach Lage der Dinge mit einem neuen Aufschub der Steuerdebatte zu rechnen haben wird. Falls, was im öffentlichen Interesse erwünscht wäre — es Herrn Hermes gelingt, die erhobenen Anschuldigungen zu entkräften und er das Finanzministerium übernimmt, wird die Frage nach dem Schicksal des Ernährungsministeriums akut. Das „B. T." meint, daß das Ernährungsministerium unter Umständen dem Reichswirtschaftsministerium angegliedert werden soll, ob unter einem besonderen Staatssekretär, sei noch nicht endgültig entschieden.

Tagung der deutschen Arbeitgeberverbände in Köln

Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern als Haupterfordernis

+ Köln, 8. März. (Eig. Drahtbericht) Im großen Saale der Bürgergesellschaft zu Köln wurde am Mittwoch die allgemeine Mitgliederversammlung der

Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände

eröffnet. Für die Reichsregierung war der Reichspostminister Giesberts anwesend, für das Reichsarbeitsministerium Ministerialrat Dr. Sitzler. Ferner waren u. a. noch die Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann, Stippler, Wulle, Gildemeister und Dr. Moldenhauer erschienen.

Zunächst begrüßte der Vorsitzende der Vereinigung

Dr.-Ing. h. c. Sorge

die Erschienenen und führt u. a. aus: Es ist das erstemal, daß die Mitgliederversammlung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände außerhalb der Reichshauptstadt tagt. Wenn der Vorstand diesmal von der bisherigen Gepflogenheit abgegangen ist, so hat er dies getan, weil aus den Kreisen der Mitgliederverbände der Vereinigung wiederholt die Anregung gegeben worden ist, eine Tagung der Arbeitgeberverbände doch einmal draußen im Lande abzuhalten, um den angeschlossenen Verbänden und Firmen im Lande die Gelegenheit zu geben, sich zahlreicher zu solcher Tagung einzufinden. Darüber hinaus soll die Tagung die einmütige und geschlossene Auffassung der deutschen Industrie zum Ausdruck bringen, daß, wie die Arbeitgeber des besetzten Gebietes ihre unverbrüchliche Treue zum Reiche wirkungsvoll wiederholt betonert haben, so auch umgekehrt Herz und Sinn der übrigen Arbeitgeberschaft bei der des besetzten Gebietes steht und sich mit ihr zu der geschlossenen Auffassung vereint, daß unsre Wirtschaft rechts und links des Rheins im besetzten und unbesetzten Gebiet des Reiches auf ewig ungeteilt bleibt. Es sind nüchterne, sachliche Aufgaben, die uns hier zu gemeinsamer Arbeit zusammenführen, aber über allen Arbeiten steht der gemeinsame soziale Gedanke, daß unsre Arbeit gerade an dieser Stelle mit dazu beiträgt, die Verbindungen immer enger zu verketten in dem Bewußtsein, daß über allem die Zusammengehörigkeit des gesamten deutschen Volkes steht. Wir haben deshalb Herren aus Wissenschaft und Praxis gebeten, uns ihre Gedanken hierzu mit auf den Weg zu geben. Ich stelle mit Befriedigung fest, daß unserm Wunsche, hierher nach Köln zur Versammlung zu kommen, so zahlreiche Teilnehmer gefolgt sind. Ich danke den uns angeschlossenen Verbänden, daß sie so viele Vertreter entsandt haben, und ich hoffe, daß das Zusammensein bei dem geschäftlichen und gesellschaftlichen Teil unsrer Veranstaltung reichlich zu gegenseitigem Meinungsaustausch dienen und damit unsrer Sache nützen wird.

Lassen Sie mich meine Ausführungen mit dem Wunsche schließen, daß nicht nur unsre heutigen Arbeiten, sondern mehr noch der durch unsre gemeinsame Zusammenkunft fest bekundete Wille des treuen, geschlossenen Zusammenhaltens aller Kreise des Volkes diesseits und jenseits des Rheins dazu beitragen wird, die aufbauenden Kräfte Deutschlands zusammenzufassen zum Gesamtwohle unsres Volkes.

Ministerialdirektor Dr. Sitzler sprach an Stelle des erkrankten Arbeitsministers Brauns. Er erbat das Vertrauen der Arbeitgeber und -nehmer und rühmte den opferwilligen Geist der Arbeitgeberschaft.

Oberbürgermeister Dr. Adenauer-Köln hieß die Versammlung im Namen der Stadt Köln willkommen. Mit dieser Tagung in Köln solle die Einheit der deutschen Wirtschaft vor aller Welt gezeigt werden.

Generaldirektor Müller-Köln führte aus: Wir verkörpern in uns die Vertreter des Gedankens der Sozialpolitik vom Arbeitgeberstandpunkt. Sozialpolitik darf nicht verwechselt werden mit der Politik, wie sie das Reich, wie sie die Parteien vertreten. Unsre Aufgabe liegt vielmehr in der Erhaltung des Wirtschaftsfriedens, eine Tatsache, die hervorragendsten Ausdruck in dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft gefunden hat.

Nur wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich ernstlich bemühen, in vertrauensvoller Zusammenarbeit die Gegensätze auszugleichen, kann der richtige Weg zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft gefunden werden

Die deutsche Wirtschaft hängt so eng mit der Weltwirtschaft zusammen, daß ihr Wiederaufbau auch die Völker wieder näher zusammenführt. Wir müssen dafür sorgen, daß der Kampf der Gegensätze sich in Formen abspielt, die das gesamte Wirtschaftsleben nicht gefährden. Es muß die Erkenntnis einziehen, daß Streiks, welche große Teile unsres Wirtschaftslebens lahmlegen, das Interesse des gesamten Volkes und auch der Arbeitnehmerschaft auf das allerschwerste schädigen und Erschütterungen bedeuten, die unser Wirtschaftsleben auf die Dauer nicht ertragen kann. Neben der sozialpolitischen läuft unsre wirtschaftspolitische Arbeit. Es werden und müssen Zeiten kommen, wo wir zum Kampf- und Stoßtrupp der Wirtschaft werden und durch Anpassung der Löhne und Gehälter an die Tragfähigkeit der Wirtschaft vielen und bösen Angriffen ausgesetzt sein werden. Dieser Zeitpunkt muß eintreten, wenn bei der Arbeitgeberschaft die Bewilligungsmöglichkeit erhöhter Lohn- und Gehaltsforderungen mit Rücksicht auf die Erhaltung der Gesamtwirtschaft aufhört. Dann müssen wir von der Gesamtheit des Volkes Verständnis für unsre Lage erwarten. Man muß erkennen, daß eine scharfe Kampfstellung unsrerseits notwendig wird im Interesse des gesamten deutschen Volkes und darüber hinaus im Interesse der Weltwirtschaft.

Darauf sprach Professor Dr. Othmar Spann-Wien über

„Die wissenschaftliche Ueberwindung des Marxismus"

Der Marxismus habe sich praktisch überlebt. Er habe in München, Budapest und Moskau gezeigt, daß er nicht lebensfähig sei. Hätte die Wissenschaft früher diese Tatsache festgestellt, dann wäre alles besser geworden. Leider stehen viele immer noch im Banne des Marxismus. Der Redner behandelte die wissenschaftliche Theorie des Marxismus näher und wies ihre Unhaltbarkeit nach. Die Marxsche Theorie von der Konzentration des Kapitals ist gar keine große Erfindung, sondern eine rein praktische Frage. Der wirtschaftliche Fortschritt vollzieht sich so, daß die

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19220310/1